

www.dielinke-tf.de/kreistagsfraktion



Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming; Foto: Catrin Wolf

Interview mit Kornelia Wehlan

Redaktion: Kornelia, vor zwei Jahren wurdest du auf der Mitgliederversammlung der LINKEN Teltow-Fläming in Ludwigsfelde für deine Wiederwahl als Landrätin nominiert. Heute sind bereits anderthalb Jahre in deiner zweiten Legislatur rum. Fast zehn Jahre Landrätin in Teltow-Fläming – wie siehst du diese Zeit?

Kornelia Wehlan: Wenn man zurückschaut und auch gegenwärtig – fühlt es sich an, wie eine Dauer-Krisen-Flutrate. Wir hatten Schuldenberge abzutragen, vor Krieg und Hunger fliehende Menschen bei uns aufzunehmen, riesige Waldbrände zu löschen, die Corona-Krise zu meistern und heute tobt ein Angriffskrieg in der Ukraine – mitten in Europa. Entgegen der Logik früherer parteiübergreifender Friedensbewegungen, sollen immer mehr Waffen Frieden schaffen. Forderungen, wie jüngst formuliert, »Frieden schaffen! Waffenstillstand und gemeinsame Sicherheit jetzt!« von Prominenten aus Politik, Kunst

und Wissenschaft um Wolfgang Thierse (SPD), den früheren Bundestagspräsidenten, unterstütze ich persönlich sehr. Ja, die Welt scheint aus den Fugen und das bei einem weltweit ad hoc Handlungsdruck mit Klimawandel, Energiekrise, unterbrochenen Lieferketten, Baukostenexplosionen, Zinsentwicklungen ...

Aber, es ist auch so viel Positives. Unser Landkreis hat sich hervorragend entwickelt. Er ist jetzt »enkeltauglich«, die Schulden sind abgebaut, Zukunftsinvestitionen möglich. Steter Zuzug, vor allem von jungen Familien, und vordere Plätze in diversen Rankings zeugen davon, wie beliebt und erfolgreich Teltow-Fläming heute ist. Heute erfüllen wir die damaligen Kriterien für unsere Eigenständigkeit und gegen eine Fusion mit einem anderen Landkreis, dafür sind Menschen auch in unserem Landkreis an Straßen und auf Plätze gegangen und haben Unterschriften gesammelt. Ja, die Menschen sind es, die

einer Region ihr Gesicht geben. Durch die große Hilfsbereitschaft der Menschen in Teltow-Fläming wie auch der Flüchtlingsinitiativen sind allein im vergangenen Jahr im Landkreis Teltow-Fläming rund 2.400 Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen worden, von denen noch rund 1.800 im Landkreis verblieben sind. 90 Prozent von ihnen sind über kommunale und private Initiativen untergekommen. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist nicht hoch genug zu würdigen.

Redaktion: Und die Schlagzeile in der Frauentagsausgabe der MAZ am 8. März 2023 »Anzeige gegen Kornelia Wehlan« und weitere, von Betrug, Untreue und Strafvereitelung ist dort die Rede?

Kornelia Wehlan: Das sind schwere Anschuldigungen. Diese machen mich sehr betroffen, vor allem, weil Mitarbeiter*innen aus einem Dezernats- und Amtsbereich meiner Verwaltung diesen öffentlich ausgesetzt sind. In den acht Jahren meiner ersten Wahlperiode erhielt ich drei anonyme Anzeigen. »Verstöße gegen geltendes Recht in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming unter der Landrätin Kornelia Wehlan (LINKE)« waren die Vorwürfe. Nun gibt es eine vierte. Wie die MAZ schreibt, geht es im Kern um den Denkmalschutz und den Vorwurf der fehlerhaften Verwendung von Fördermitteln. Für mich als Landrätin ist der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung bindend und selbstverständlich. Insbesondere die Verwendung von kommunalen Zuwendungen wird durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises nach Maßgabe der Bestimmungen der Brandenburgischen Kommunalverfassung sowie der durch den Kreistag beschlossenen Rechnungsprüfungsordnung geprüft. Ein abgeschlossener Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes ist mir als Landrätin bisher nicht zugeleitet worden.

Redaktion: Stichwort Flüchtlingsgipfel. Die Kommunalbelange wer-

den scheinbar nicht gehört. Wie ist deine Meinung?

Kornelia Wehlan: Ich habe die jüngsten Äußerungen und das (vorläufige?) Nein zu höheren Bundesmitteln der Bundesinnenministerin (SPD) zur Kenntnis genommen. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik aber ist Bundesaufgabe und sollte in der Europäischen Union vereinbarungsgemäß funktionieren. Davon spürt man gegenwärtig wenig. Das Thema wird regelrecht ausgesessen und damit als akuter Handlungsschwerpunkt auf die Länder und die Kommunalebene abgewälzt, denn hier vor Ort kommen die Geflüchteten über die Landeserstaufnahmeeinrichtungen an. Im Landkreis sollen im Jahr 2023 weitere 1.761 Geflüchtete aufgenommen werden. Bis auf Einzelplätze sind jedoch alle Unterkünfte belegt.

Erschwerend kommt für uns hinzu, dass der Landkreis Einrichtungen hat, die bei der Inbetriebnahme als Übergangslösungen gedacht waren und nun grundsaniiert werden müssen. Das würde die Situation in diesem Jahr weiter verschärfen, da im Bestand temporär erst einmal weniger Kapazitäten zur Verfügung stehen. Überdies sind heute – wenn überhaupt – Liegenschaften nicht kurzfristig verfügbar und bedürfen im Zuge der Umnutzung umfangreicher Planungsprozesse. Hier muss der Bund endlich handeln, da wären gesetzliche Ausnahmeregelungen notwendig und Vergaberegulungen neu auszurichten. Auch laufen die Investitionskosten derzeit aus dem Ruder und sind mit der Kostenpauschale nicht auskömmlich. Es fehlen Fachkräfte bei der Betreuung und zum Schutz der Geflüchteten. Überhaupt habe ich den Eindruck, dass die Themen wie Kita, Schule und ärztliche Versorgung gegenwärtig völlig ausgeblendet werden. Auch hier brauchen wir Unterstützung. Im Landkreis – in den Gemeinden und Städten – haben wir überall die Kapazitätsgrenzen erreicht. Der Mangel an Lehrer*innen und Erzieher*innen tut sein Übriges.

Redaktion: Wie sieht denn aktuell die Situation im Landkreis aus?

Kornelia Wehlan: Zurzeit leben im Landkreis 1.200 Geflüchtete mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus im Verantwortungsbereich des Sozialamtes Teltow-Fläming. Auf die zusätzlich 1.800 Vertriebenen aus der Ukraine die im Landkreis verblieben sind, habe ich schon

hingewiesen. Die Geflüchteten kommen derzeit überwiegend aus der Ukraine, Afghanistan, Syrien und der Türkei.

Außer in Nuthe-Urstromtal, Baruth/Mark und im Amt Dahme/Mark gibt es in jeder Kommune des Landkreises Gemeinschafts- und Notunterkünfte mit 30 bis 220 Plätzen. Ukrainische Vertriebene wurden in allen Kommunen aufgenommen.

Derzeit werden im Landkreis schon 15 Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung betrieben. Allein im vergangenen Jahr wurden vier Einrichtungen neu in Betrieb genommen. Aber das reicht nicht aus. Deshalb sind wir dazu mit allen Kommunen im Gespräch und prüfen jedes Angebot, das wir erhalten. Letztendlich geht es darum, einen Rückgriff wieder auf Turnhallen

zu verhindern. Unter fehlender Bewegung sowie mangelnden Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten litten während der Corona-Zeit besonders Kinder und Jugendliche – mit Folgen für ihre Gesundheit. Auch darauf muss der Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung am 10. Mai Antwort geben.

Das Interview führte

Maritta Böttcher

KREISTAGSSPLITTER

SO HAT DIE LINKE GEWIRKT

Die jüngste Kreistagssitzung war im Februar. Einige Anträge von Fraktionen standen ebenso auf der Agenda. Nachfolgend finden sie dazu unsere Positionen.

Gelbe Schleife der Solidarität mit Bundeswehr auch in Teltow-Fläming

Soll der Landkreis mit der »Gelben Schleife« ein Zeichen für die Solidarität und Wertschätzung mit allen Menschen in der Bundeswehr ausdrücken?

Das ist für uns als LINKE ein schwieriges Thema. Wir verkennen nicht die Leistung der Bundeswehr im Katastrophenfall, ihre Unterstützung bei den Flutkatastrophen der letzten Jahre, bei der Corona-Pandemie, bei Waldbränden, auch ganz konkret bei uns im Landkreis. Wir anerkennen das Wirken der Soldatinnen und Soldaten in Krisenlagen in Deutschland.

Wir können die Bundeswehr, sie ist und bleibt eine Armee, aber nicht losgelöst von ihrem militärischen Auftrag sehen. Und der ist seit den letzten Jahrzehnten nicht mehr nur die reine Landesverteidigung, wie sie einmal ursprünglich von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes nach den Erfahrungen zweier Weltkriege erdacht worden war. Die Bundeswehr ist ebenso im Einsatz in bewaffneten Konflikten im Ausland. Diese lehnen wir als LINKE entschieden ab. Hier kommt der Grundgedanke von uns LINKEN als Partei des Friedens zum Ausdruck. Die Bundeswehr ist Teil einer Konfliktlösung mithilfe militärischer Gewalt. Man kann das solidarische Handeln der Bundeswehr gegenüber unserer Bevölkerung nicht losgelöst vom militärischen Agieren im Ausland betrachten. Und ebenso nicht losgelöst davon bewerten.

Unsere Position zum Antrag war daher, dass der Landkreis als öffentliche Institution nicht sein Be-

kenntnis zur Bundeswehr mittels der »Gelben Schleife« in einem unkritischen Solidaritätsbekenntnis ausdrücken sollte. Zumal die Frage nach staatlicher Neutralität gegenüber Interessengruppen, und als solche erscheint die Bewegung mit der Gelben Schleife im Kern, gestellt gehört.

Außerdem sei dann die Frage erlaubt: Was ist mit Solidaritätsbekundungen gegenüber den Angehörigen von Feuerwehr, Rettungskräften, dem THW, den Pflegeberufen, den Retterinnen und Rettern Geflüchteter im Mittelmeer, ... Wie würdigt man deren Einsatz?

Und wenn es um größtmögliche Unterstützung der Bundeswehr geht – wäre es da nicht am besten, eine Politik zu betreiben, die militärische Einsätze überflüssig macht, statt Solidaritätsadressen zu bekunden? Am Ende erscheint ein solches Solidaritätszeichen als ähnliches Symbol, wie der Applaus für Pflegekräfte vor einigen Monaten. Solidaritätssymboliken sind ein Anfang, echte Unterstützung sieht aus unserer Sicht jedoch anders aus.

Der Kreistag verhielt sich zum Antrag sehr gespalten, die Mehrheit war denkbar knapp. Wir stimmten geschlossen mit Nein. In namentlicher Abstimmung gab es 19 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen für den Antrag, der von der CDU/BV/FDP/VUB-Fraktion eingebracht wurde. Maßgeblich zur Mehrheit verholten wurde dem Papier übrigens mit Stimmen der SPD und der AfD.

Bewerbung des Landkreises Teltow-Fläming am »Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik«

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann muss überall sichergestellt sein – erst recht in der Politik! Aber die Umsetzung muss machbar sein.

Stellen Sie sich vor, Sie sollen in einem Wettbewerb Fußball spielen. Sie haben aber keine eigene Mannschaft, Sie steigen erst in der 2. Halbzeit ein, Sie haben gar keine freie Zeit zum Spielen und obendrein ist das Preisgeld auch noch verschwindend gering. Würden Sie antreten?

Nun, die SPD hat das gefordert mit ihrem gut gemeinten Vorschlag, sich am »Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!« zu beteiligen. Die Aufgaben und Ziele des vorgenannten Aktionsprogramms werden aber bereits über einen Beschluss des Kreistages zur Beteiligung am Bundesförderprogramm »Demokratie leben« punktuell entwickelt und umgesetzt, so das Fazit der Kreisverwaltung zum Antrag. Besonders hervorzuheben ist dabei die längerfristige Laufzeit des Bundesförderprogramms, ein finanzieller Etat, der professionelle Aktivitäten und Projekte sichert und wo die notwendigen personellen Kapazitäten der Verwaltung in der Stellenplanung berücksichtigt sind.

Und auch das gab die Verwaltung zu bedenken: Infolge der weiterhin angespannten Personalsituation in der Kreisverwaltung bestehen keine Kapazitäten für zusätzliche freiwillige Aufgaben. Und, um die eingangs gewählten Symbole zu übersetzen: Laut den Vorgaben des Programms kann der Landkreis nicht alleine antreten. Er braucht Partner, idealerweise von seinen Nachbar-Landkreisen. Doch die hatten bereits dankend abgewunken. Das Förderprogramm läuft schon, die erste Phase ist abgeschlossen, die zweite begann Mitte März. Wie schnell sollte die Verwaltung hier noch was auf die Beine stellen?! Und alles in allem gibt es dafür gerade einmal wenige tausend Euro – wohl gemerkt als Summe, die dann zwischen den beteiligten Partnern aufgeteilt werden müsste.

Man sollte sich ferner die Frage stel-

len, ob die Kreisverwaltung originär in der Verantwortung ist, für mehr Frauen in der Kommunalpolitik zu sorgen. Wir sehen hier die Parteien, deren politische Stiftungen, Vereine etc. in der Pflicht. Nicht ohne Grund heißt es doch in unserer Verfassung, dass die Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken. Dafür bekommen sie viel Geld vom Staat. Und alle noch so gut gemeinten Förderprogramme hin oder her: Spätestens nach dem Scheitern des Parité-Gesetzes in Brandenburg durch das Verfassungsgericht wissen wir doch, dass jegliche Forderung zur Förderung der Frauen in der Politik unterhalb eines Gesetzes nichts bringt.

Und um es ganz praktisch zu machen: Frauen in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik müssen auch die freie Zeit finden, sich einzubringen. Reden wir also mal über die Anfangszeit der Sitzungen im Kreistag – 17 Uhr ist für Berufstätige bzw. Pendler*innen mehr als ambitioniert. Und was ist mit der Kinderbetreuung bei Alleinerziehenden? Hat sich da etwas bewegt? Nein! Hierzu fand sich seinerzeit im Kreistag keine Mehrheit, als wir das als LINKE ändern wollten.

Fazit: Wir stimmten dem Antrag nicht zu. Die Fraktion CDU/BV/FDP/VUB hat sich enthalten. Die SPD-Fraktion, zur Februar-Sitzung gerade mal knapp mit der Hälfte ihrer Mitglieder anwesend, war dafür, die Grünen auch. Die AfD stimmte mit Nein. Damit gab es keine Mehrheit für das Papier.

Egal, was sie dazu also vernommen haben: Wir als LINKE haben hier nicht pauschal Frauenförderung in der Politik abgelehnt. Wir hatten die vorgenannten Sachgründe. Vielmehr müsste die SPD sich selbstkritisch fragen, warum sie solch einen Schaufenster-Antrag stellt. Ach ja ... in gut einem Jahr wird ja wieder gewählt.

Kostenfreie Schüler*innenbeförderung in Teltow-Fläming

Und noch ein gut gemeinter Vorschlag aus der Feder der SPD-Fraktion – der aber offenbar die Realitäten in unserem Landkreis nicht kennt. Denn einiges wird bereits

umgesetzt, einiges liegt nicht im Aufgabenbereich des Landkreises und müsste daher auf Kosten der Städte und Gemeinden in Teltow-Fläming (Stichwort höhere Kreisumlage) gegenfinanziert werden. Auch liegen Untersuchungsergebnisse zum Thema erst seit März

vor und sollten da noch Thema im Fachausschuss werden – warum ist die SPD also schon jetzt zur Februarsitzung vorgeprescht? Aktionismus oder gar Fischen nach Stimmen im Vorwahlkampf? Unsere Fraktion blieb daher beim Thema besonnen und sachlich. Wir

wollten u. a. erst das Ergebnis der Machbarkeitsstudie kennen. Dann folgen für uns die nächsten Schritte. Der Kreistag selbst sah das offenbar ähnlich und positionierte sich zum Antrag: kein Beschluss, Überweisung in die Fachausschüsse.

AKTUELLES AUS DEM STADTPARLAMENT JÜTERBOG

EIN BLICK AUF DIE ARBEIT IN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG JÜTERBOG

Das letzte Jahr im Jüterboger Stadtrat war geprägt von einigen Veränderungen. Was vor einem Jahr noch undenkbar war, ist nun in vielen Fällen besser geworden: Das miteinander Arbeiten. Langsam kommen wir dazu, viele Baustellen, in denen Jüterbog in den letzten Jahren stagnierte, auch wirklich anzugehen. Aufgrund der Mitarbeit nun fast aller Stadtverordneten konnten und können jetzt mehr Projekte initiiert und auf den Weg gebracht werden, die dringenden Handlungsbedarf haben. Vor allem bei dem schon lange schwelenden Brennpunktthema Kitas ist Bewegung festzustellen. So sollen noch dieses Jahr die Planungen für die Kita Neumarkt und die Kita Pittiplatsch in Kloster Zinna angegangen, vielleicht sogar mit der Sanierung, bzw. dem Neubau begonnen werden. Dennoch ist es wichtig, weiter dran zu bleiben,

da natürlich auch die Kita Glühwürmchen einen akuten Bedarf hat. Aber auch hier ist durch die Initiative, vor allem unserer Fraktionsvorsitzenden Maritta Böttcher, zusammen mit der Kita-Leitung eine zeitnahe Lösung in Sicht. So können wir auch hier hoffnungsvoll nach vorne schauen.

Aber nicht nur die Stadtverordneten selber kommen immer besser ins Arbeiten, nein auch die Verwaltung hat mit neuen motivierten Mitarbeiter*innen in Kernpositionen an Schwung gewonnen. Sowohl der neue Kämmerer, als auch die neue stellvertretende Bürgermeisterin, aber auch ein hochmotivierter Zugang im Bereich Bildung bringen Hoffnung für mehr Schub nach vorne. Man spürt schon jetzt die bessere Stimmung unter den Verwaltungsmitarbeiter*innen. Gerade bei den Vorbereitungen zu

den Festlichkeiten »850 Jahre Jüterboger Stadtrecht« wird dieser Aufschwung konkret spürbar. Hier schaffen es die Mitwirkenden viele Jüterboger*innen mit einzubinden und der Ideenfluss ist dementsprechend gut, sodass wir uns auf sehr schöne Veranstaltungen im nächsten Jahr freuen können. Dennoch bleibt es wichtig, als Stadtverordnete die Augen und Ohren auf und an der Verwaltung zu halten. Hier ist es wichtig, zeitnah zu reagieren, sollte man feststellen, dass die Stimmung wieder zurückzukippen droht, um diese guten Mitarbeiter*innen nicht zu verlieren.

Trotz der vielen positiven Entwicklungen, bleibt die Arbeit in der Stadt weiterhin sehr herausfordernd. So sind und bleiben Projekte, wie die Entwicklung der Fuchsberge schwer zu durchschauen, da gerade in diesem Fall

sowohl von Seiten der Wobau, als auch vom Bürgermeister selber, nur schwer Informationen über den Stand der Dinge in Erfahrung gebracht werden können. Da heißt es dranzubleiben und immer wieder nachzuhaken.

Und genau dies werden wir tun. Zusammenhalten, und zwar fraktionsübergreifend, ist wichtiger geworden, als je zuvor. Auch wenn wir nicht in allen Punkten einer Meinung sein müssen, sollte eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe unser aller Antrieb sein, um Jüterbog weiterzubringen. Daher wünsche ich mir auch von den Bürger*innen Jüterbogs, aktiver Sorgen und Nöte in das Stadtparlament zu tragen, und uns so in unserer Arbeit zu unterstützen.

Ulrike Anders,
Fraktion DIE LINKE

BERICHT AUS DEM STADTPARLAMENT LUCKENWALDE

HAUSHALTSPLAN 2023 BESCHLOSSEN

Alles wird teurer. Und da die Stadt Luckenwalde am Ende auch nur eine Art Verbraucherin ist, kommen auch wir als Stadt nicht um Mehrausgaben herum. Diese Mehrausgaben konnten nicht vollumfänglich durch Mehrreinnahmen gedeckt werden. Die Folge: Luckenwalde geht an den Notgroschen und greift erneut in die Rücklage. Vielleicht zum letzten Mal, die Schlussrechnung aus den früheren Jahren endet aktuell beim Jahr 2019.

Die Kämmerin hat in der Vorstellung des Haushaltes 2023 empfohlen, schon jetzt für den Haushalt 2024 Sparmaßnahmen zu erarbeiten. Diesen Bedarf haben auch wir erkannt.

Mit unserer Zustimmung zum

Haushalt 2023 haben wir Ja gesagt zu Bibliothek, Freibad, Fläming-Therme, Straßensanierung, angemessene Ausstattung der Feuerwehr, Unterstützung für den Tierpark, Fußwegebau, barrierefreie Bushaltestellen und, und, und. Alles Dinge, die Luckenwalde l(i)ebenswert machen. Wir sind uns unserer Verantwortung für kommende Generationen jedoch bewusst: Bei der Finanzausstattung der Kommunen, und damit auch von Luckenwalde, muss etwas geschehen. Umverteilen von oben nach unten, eine gerechtere Besteuerung aller. Und hier ist zuvorderst eine andere Politik im Bund nötig. Klar ist eines und das führen wir uns bitte alle immer

wieder vor Augen: Das Geld ist da! Der Haushalt wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Geschlossen zugestimmt hat unsere Fraktion. Die Fraktionen von SPD und FDP stimmten ebenso einhellig mit Ja. Enthaltungen und Nein-Stimmen gab es von Fraktionsmitgliedern der CDU und LÖS.

Einwohnerbeteiligung: Kinder und Jugendliche gehören dazu

Die Stadt Luckenwalde hat die Zusage für ein Förderprogramm erhalten, in dem Kinder und Jugendliche aktiv ihre Kommune mitgestalten können. Dafür gibt es über 100.000 Euro. Über die Verwendung dieses Geldes entscheidet ein »Zukunfts-

ausschuss«. Hier sind auch Kinder und Jugendliche stimmberechtigt vertreten. Die Mitglieder werden per Zufallsprinzip über das Register des Einwohner*innenmeldeamtes ausgelost.

In diesem Zukunftsausschuss soll auch ein Mitglied des Stadtparlamentes stimmberechtigt vertreten sein. Vorgeschlagen hierfür wurde Felix Thier, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Die Stadtverordneten stimmten dem Vorschlag zu, somit vertritt Felix Thier das Luckenwalder Stadtparlament im besagten Zukunftsausschuss.

Felix Thier, Vorsitzender Fraktion DIE LINKE/Bauernverband

KOMMUNALPOLITIKER*INNEN DER LINKEN UNTERSTÜTZEN FORDERUNG BEI TARIFVERHANDLUNG

Seit einigen Wochen finden Tarifaussinandersetzungen im öffentlichen Dienst statt. Auch die aktuell letzte Tarifrunde ist gescheitert, da die Arbeitgeber nicht bereit waren, auf Forderungen von Gewerkschaft und Beschäftigten einzugehen. Derzeit gibt es die Forderung einer Lohnerhöhung von 10,5 Prozent und mindestens 500 Euro mehr, sowie 200 Euro zusätzlich für Auszubildende und deren Übernahme. Um den Forderungen der Beschäftigten Nachdruck zu verleihen, haben vor kurzem 101 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der Partei DIE LINKE einen Aufruf gestartet, in dem sie sich für eine gute Lebensqualität vor Ort ein-

setzen. Dazu gehören gut ausgestattete öffentliche Dienstleistungen, funktionierende Krankenhäuser, ausreichende Kitas, Schulen und vieles andere mehr. Felix Thier, Kommunalpolitiker für die Partei DIE LINKE in Teltow-Fläming und Luckenwalde hat dazu eine Pressemitteilung veröffentlicht:

»Die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise sind gerade für die Menschen eine große Herausforderung, die mit ihren Löhnen eh schon viel rechnen und kalkulieren müssen. Oft betrifft das genau die Beschäftigten, die noch in der Corona-Pandemie als Systemrelevante

gefeiert und beklatscht wurden. Mit den aktuellen Forderungen kann gerade mal der Anstieg der Inflation aufgefangen werden. Die Kommunen versuchen alles die Beschäftigten nicht alleine im Regen stehen zu lassen, allerdings muss die Bundesregierung hier ihren Beitrag leisten und den Kommunen unter die Arme greifen.

Dafür müssen Konzerne, die oft auch die Krisengewinner sind, zur Kasse gebeten werden. Sie müssen sich mit ihrem Vermögen daran beteiligen, dass die, die alles am Laufen halten, auch gut leben können.«

Aus Brandenburg sind unter anderem Dr. Dagmar Enkelmann (Stadt-

verordnete in Bernau), Margitta Mächtig (stellv. Vorsitzende des Kreistages Barnim und Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung Biesenthal), Felix Thier (Fraktionsvorsitzender im Kreistag Teltow-Fläming und Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde) und Stefan Wollenberg (Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam) als Erstunterzeichner*innen des Aufrufs dabei.

Weitere Informationen unter:
zusammen-geht-mehr.verdi.de

Felix Thier, Luckenwalde

FRAUENHAUS TELTOW-FLÄMING

ZUFLUCHTSORT FÜR VON GEWALT BETROFFENE FRAUEN UND IHRE KINDER SOWIE KRISEN- UND BERATUNGSZENTRUM

Mit dieser Thematik hat sich der Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Kreistages in seiner Beratung im Februar befasst. Herr Hoffmann (Geschäftsführer SBSW) und Frau Kleinert (Kordinatorin Frauenhaus) stellten die Aufgabe des Frauenhauses vor. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, so mit dem Landkreis TF, mit dem frauenpolitischen Rat, Land Brandenburg e.V., der Polizei, dem Jobcenter TF und dem Netzwerk Brandenburgischer Frauenhäuser e.V. Direkt eingebunden in die Arbeit in unserem Landkreis sind die Gleichstellungsbeauftragte, verschiedene Koordinierungsstellen, Opferschutzeinrichtungen, das Sozialamt und das Gesundheitsamt, das Jugendamt, die Kinderschutzkoordination, Schulen und KITAS und die Ausländerbehörde. Der

Leiter des Sozialamtes, Herr Dilling, erläuterte die Finanzierung der Frauenhausplätze. Den größten Anteil der Finanzierung übernimmt das Land, dazu kommt ein Anteil als freiwillige Finanzierung des Landkreises und der angehörigen Kommunen, die Voraussetzung für die Landesbeteiligung sind. Für die Kommunen gilt ein Richtwert für die Finanzierung der Einrichtung in Höhe von 0,30 Euro je Einwohner*in. Dazu kommen Spenden und Nutzungsentgelte. Die Kommunen des Landkreises beteiligen sich unterschiedlich an der Finanzierung. Die beiden Standortkommunen leisten unbar, in der Bereitstellung der Objekte. Diese Leistung wird in der Bilanz berücksichtigt. Bei der Vorhaltung von Plätzen im Landkreis besteht keine starre Vorgabe, sondern Empfehlungen. Die Empfehlung des Europarates

wird derzeit erfüllt. Sie sieht einen Platz auf 7.500 Personen vor. Das sind für den Landkreis 23 Plätze. In den Häusern leitet die Hauswirtschaftskraft die Frauen zur ordentlichen Haushaltsführung an. Es gibt einen wöchentlichen Reinigungsplan. Für die Kinder gibt es keine psychologische Betreuung durch den Träger des Frauenhauses. Die Unterstützung erfolgt über Netzwerkpartner. Psychisch und suchterkrankte Frauen sowie obdachlose Frauen benötigen eine andere Form der Unterbringung. Für diese Personen ist das Frauenhaus nicht die passende Einrichtung. Sie werden nicht aufgenommen. Ca. 80 Prozent der Frauen gehen nach einer Verweildauer von ein bis drei Tagen zunächst zurück. Mit der Konfrontation der auf sie zukommenden Probleme sehen sie sich überfordert und wählen

trotz der Hilfsangebote den Weg zurück zum Partner. Auch suchen diese Frauen häufig wieder den Weg ins Frauenhaus zurück. Es ist mitunter ein langer Weg, sich endgültig loszusagen.

Es gibt enge Abstimmungen mit dem Träger, dem SBSW, zur Sondierung, wie die Ausrichtung in Zukunft für die Einrichtung Frauenhaus im Landkreis sein sollte, um ein umfassendes und gutes Beratungsangebot vorzuhalten. Wir kamen zu dem Schluss, ein umfassend gutes Angebot an einem Standort zu konzentrieren. Derzeit laufen konkrete Verhandlungen an einem neuen Standort in einer Kommune des Landkreises.

Maritta Böttcher, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 3. April 2023 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling
Auflage: 1.700 · April 2023, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.